

NIEDERSCHRIFT Nr.: 4/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 04.12.2019, um 16:00 Uhr

4. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:00 Uhr

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Staatsrätin Ahlers

Herr Staatsrat Wiebe

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Frau Janina Brünjes

Herr Carsten Meyer-Heder

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Maurice Müller

Herr Thorsten Raschen

Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner

Herr Harald Rühl

Herr Dr. Carsten Sieling

Herr Volker Stahmann

Herr Ingo Tebje

Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Frau Dr. Blings

Herr Brunßen

Frau Bullenkamp

Frau Frese

Frau Jansen

Herr Dr. Kühling

Frau Dr. Lübben

Herr Sengstake

Frau Stellmacher

Herr Stührenberg

Herr Ullrich

Herr Tschupke

Gäste

Herr Peters (SWH)

Abg. Weiss eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 3/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit vom 30.10.2019

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation

TOP 2 Sachstand der begleitenden Evaluation der Jugendberufsagentur Bremen-Bremerhaven

Vorlage Nr. 20/037-L

Staatsrätin Ahlers stellt einleitend fest, dass jetzt im ersten Zwischenschritt der begleitenden Evaluation auf Basis der bereits vorhandenen Kennziffern, die weiteren sinnvollen Umsetzungsschritte geprüft würden. Man versuche die Arbeit der Jugendberufsagentur stetig zu verbessern.

Dep. Dr. Redder stellt die Frage, welche Parameter es gäbe, die vier Jahre nach Gründung der Jugendberufsagentur schon dargelegt werden sollten. Es ginge hier um Erfolgsmessung, der Bericht sage darüber allerdings nichts aus.

Staatsrätin Ahlers erläutert hierzu, dass die Evaluation erst im letzten Jahr angefangen habe. Insofern lägen jetzt noch keine Ergebnisse vor. In Hamburg wie auch Berlin sei die Evaluation ebenfalls erst später erfolgt.

Frau Dr. Blings führt aus, dass der Kennziffernkatalog der Deputation im Jahr 2017 vorgelegt wurde. In Hamburg wurde das nach der Evaluation überarbeitete Controlling- und Monitoringkonzept nach sechs Jahren vorgelegt.

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** erklärt **Frau Dr. Blings**, dass man mit der Evaluation bisher zufrieden sei. Es müssten jetzt Umsetzungsschritte erarbeitet und festgelegt werden, mit welchen Zahlen man arbeiten wolle. In Bremen gäbe es im Bundesvergleich gute Möglichkeiten aufgrund des hiesigen Schuldatenschutzgesetzes. Daher müsse man sich verständigen, wie die Evaluationsergebnisse umgesetzt werden sollen. Weiterhin seien von (in der Beschlussvorlage zur Ausschreibung der Evaluation vom 27.09.2017 dargestellten) sieben Arbeitsschritten bisher zwei erfolgt, die in dieser Vorlage dargestellt würden. Die Darstellung der weiteren Arbeitsschritte werde folgen.

Abg. Weiss vermisst Aussagen über das bisherige Übergangssystem.

Staatsrätin Ahlers erklärt hierzu, es gehe zzt. nicht um Ziele, sondern um eine Beschreibung der Instrumente. Die Jugendberufsagentur beruhe auf einer Zusammenarbeit von verschiedenen Institutionen, die erst seit 2016 existiere.

Abg. Dr. Sieling merkt an, dass auch die Bundesagentur für Arbeit verpflichtet sei, in unterschiedlichen Rechtskreisen Datenschutzprobleme zu lösen, es aber aufgrund der Komplexität große Schwierigkeiten gäbe. Dies sei also nicht allein ein Problem Bremens. Mit dieser Evaluation soll festgestellt werden, wo noch Verbesserungen erforderlich seien.

Abg. Weiss kritisiert die aus seiner Sicht bisher mangelhaften Ergebnisse. Es seien keine Fortschritte erkennbar, obwohl doch für die Evaluation die bereits in anderen Ländern erarbeiteten Instrumente und Kriterien genutzt werden könnten.

Staatsrätin Ahlers hebt noch einmal hervor, dass es zwar keine neuen Kriterien gäbe, aber in Bremen eine andere Situation vorliege als z. B. in Hamburg oder Berlin. Daher seien Anpassungen der Evaluationskriterien erforderlich.

Frau Dr. Blings weist darauf hin, dass bisher regelmäßig über den Sachstand und die Prozesse der Jugendberufsagentur berichtet wurde. Man könne den Kennziffernkatalog und den aktuellen Zahlenstand vorlegen. Sie bietet einen Termin zur Erläuterung an.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Berichterstattung zum Sachstand zur begleitenden Evaluation der Jugendberufsagentur Bremen-Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit überweist diese ferner zur Kenntnisnahme an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion der CDU und des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

TOP 3 Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land)

Zwischenberichte zum 30.09.2019

Vorlage Nr. 20/034-L/S

Dep Dr. Redder zeigt sich verwundert über die Seite 5 der Vorlage, die eine Erschließung neuer Gewerbeflächen von null Hektar ausweise.

Herr Dr. Kühling erläutert, dies gelte für das Sondervermögen „Land“ des Berichtes. Im städtischen Sondervermögen habe die Stadt rund 22 Hektar neu erschlossen gegenüber

geplanten 10 Hektar. Damit habe man entsprechend der guten Vermarktungsleistung frühzeitige Erschließungen durchgeführt, um weiterhin freie Gewerbeflächen für die Vermarktung bereitstellen zu können.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt die Zwischenberichte zum 30.09.2019 zur Kenntnis.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

**TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt);
Teilsondervermögen Veranstaltungsflächen (TSVV) - Erhöhung der investiven
Zuführungen 2019**

Vorlage Nr. 20/022-L/S

Dep. Dr. Redder ist irritiert, dass der höhere Mittelbedarf so spät identifiziert und sichtbar gemacht worden sei. Der Vorgang präsentiere sich ihm als Mittelverschiebung.

Herr Dr. Kühling erläutert, der höhere Bedarf resultiere aus der zeitlichen Verschiebung eines Projektes von 2018 nach 2019, der erst unterjährig sichtbar geworden sei. Die Finanzierung erfolge aus Mitteleinsparungen sowie aus Mitteln für andere Projekte, die verschoben werden könnten und mit dieser Vorlage für den höheren Bedarf zum Ansatz gebracht würden.

Abg. Raschen hinterfragt den Stadt-Land-Ausgleich, denn Bremerhaven müsse derartige Vorgänge aus dem Stadthaushalt finanzieren. Insgesamt sei der Vorgang nicht zufriedenstellend und transparent aufbereitet.

Staatsrat Wiebe erwidert, dass das Finanzressort die haushaltsmäßigen Besonderheiten im Stadtstaat Bremen und Ausgleichsmöglichkeiten zwischen Stadt und Land über den Gesamthaushalt organisiere und koordiniere. Für eine Grundsatzdiskussion sei der Haushalts- und Finanzausschuss das richtige Gremium. Jedenfalls blieben die Rahmendaten für beide Gebietskörperschaften erhalten.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 225.000 € bei der Haushaltsstelle 3754/884 10-9, Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen), zu. Dieser Bedarf wird durch eine Mittelbereitstellung aus der Haushaltsstelle 0715/891 53-0 Gewerbepark Hansalinie in Höhe von 225.000 € mittels einer Nachbewilligung gedeckt. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, den erforderlichen Land- / Stadtausgleich vorzunehmen.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der FDP und der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger sowie bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

An die Deputation

TOP 5 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis September 2019

Vorlage Nr. 20/038-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2019 zur Kenntnis.

TOP 6 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71

Vorlage Nr. 20/039-L/S

Staatsrat Wiebe führt kurz in das Thema ein. Das Ressort habe bis 2011 eine überproportionale Personaleinsparquote von über 6% jährlich erbringen müssen, was tatsächlich nicht zu einem entsprechenden Abbau von rund 25% der Beschäftigten führen konnte. Nach 2011 sei die Einsparquote zwar auf den für alle Ressorts geltenden Durchschnittswert von 2,5% gesetzt worden, trotzdem leide das Ressort immer noch unter den vormaligen Einsparquoten. Durch die Einsparungen im Personalbereich seien zwar die Überhänge und die damit verbundenen Kosten deutlich rückläufig, ließen sich aber nicht komplett auflösen, da zudem die Aufgaben des Ressorts zunähmen. Insofern müssten regelmäßig zum Jahresende die weiterhin bestehenden Personalmehrbedarfe ausgeglichen werden. Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** verneint er weiter, dass der neue Ressortzuschnitt zum vorgestellten Überhang geführt haben könnte, auch wenn die Bildung des neuen Ressorts „Wissenschaft und Häfen“ noch nicht abgeschlossen sei und in diesem Zusammenhang noch weitere Kosten denkbar seien.

Dep. Dr. Redder kritisiert, dass 500.000 € aus dem Titel Innovationsförderung Schiffbau für die Finanzierung der Personalmehrausgaben statt für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen verwendet werden sollen. **Staatsrat Wiebe** erklärt, dieser Haushaltstitel adressiere gerade nicht die kleinen und mittleren Unternehmen. Überdies handele es sich hierbei um Kofinanzierungsmittel für das Innovationsprogramm des Bundes im Schiffbau, die für das Programm in diesem Jahr nicht weiter benötigt worden seien, da der Bund

inzwischen eine Vollfinanzierung übernommen habe. Insofern gingen dem Haushaltstitel keine Mittel verloren.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 718 Tsd. Euro durch folgende Einsparungen zu: Landeshaushalt Produktplan Wirtschaft:

- 533 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“
- 50 Tsd. € aus Personalminderausgaben der Produktgruppe 71.90.01 – Haushaltsstelle 0700/422 90-9

Stadthaushalt Produktplan Wirtschaft:

- 115 Tsd. Euro aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“

Landeshaushalt Produktplan Arbeit:

- 20 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0331/681 10-5 „Entschädigungen nach dem OEG“

Der Senator für Finanzen wird gebeten, die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zu beantragen und einen entsprechenden Land-Stadt-Ausgleich vorzunehmen.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben der Abteilung Häfen – wie der in der Anlage enthaltenen Vorlage zum Ausgleich von Personalmehrausgaben der Abteilung Häfen entnommen werden kann – zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 7 Mehrbedarfe im Produktplan 71 Wirtschaft

Vorlage Nr. 20/058-L

Dep. Dr. Redder fragt vor dem Hintergrund der Ausführungen in Ziffer 2 der Problemschilderung, wie und warum das Ressort in eine solche Steuerpflicht geraten könne.

Staatsrat Wiebe erklärt, auch für ihn sei diese Regelung, die den öffentlichen Dienst für den Fall eines alltäglichen Personaltauschs in den Rang eines Personalüberlassungsunternehmens erhebe, unverständlich. Er könne aber ausschließen, dass das Ressort sich steuerrechtswidrig verhalten habe.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Nachbewilligung bei der

Hst. 0700/511 00-6, Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattungs-/Ausrüstungs-/ sonstige Gebrauchsgegenstände, mit der Einsparung bei der Hst. 0801/634 11-7, Zuführung des SV Fischereihafen (konsumtiv) –Sachkosten-, zu i.H.v. 30.000 T€ zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Nachbewilligung bei der Hst. 0700/539 98-9, An das Finanzamt für umsatzsteuerpflichtige Abgaben, mit den Einsparungen bei den Hst. 0715/891 53-3, Gewerbepark Hansalinie Bremen, i.H.v. 275.000 € und 0709/893 76-9, Kosten der Kajenunterhaltung, i.H.v. 55.000 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der FDP sowie bei Enthaltung der VertreterInnen von CDU und der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 8 Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2019

Vorlage Nr. 20/040-L/S

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** erläutert **Frau Bullenkamp**, bei dem vermuteten Verlust von 325.000 € für die M3B GmbH handele es sich im Wesentlichen um fehlende Erträge aus einem Grundstücksgeschäft für das Lebensmitteleinzelhandelszentrum am Großmarkt, das erst in 2020 realisiert werde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2019 zur Kenntnis.

TOP 9 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen Finanzierung 2020 (teilweise EFRE 2014-2020)

Vorlage Nr. 20/017-L/S

Abg. Stahmann erinnert, dass die Vorlage in der letzten Sitzung auf Bitte der SPD-VertreterInnen ausgesetzt worden sei. Er dankt für die inzwischen vorgenommene Anpassung des Förderzeitraums; diese sei mit dem Ziel gesetzt, für zukünftige Haushaltsjahre den Unterschied zwischen Initiativen mit dauerhaften institutionellen Förderbedarf bzw. mit Projektcharakter deutlicher zu unterscheiden. Notwendig sei, dass die City- und Stadtteilinitiativen aufgrund ihrer bedeutenden Arbeit in den Zentren und in den Stadtteilen weiter gefördert werden.

Abg. Raschen stellt fest, dass die Stadtteilinitiativen in Bremerhaven aus dem kommunalen Haushalt gefördert würden und hofft, dass entsprechende Bremerhavener Anträge von OB Grantz an den Landeshaushalt unter anderem zur Förderung des Schaufensters Fischereihafen positiv beschieden würden.

Staatsrat Wiebe erklärt dazu, dass die Vorlage auch zwei Stadtteilinitiativen adressiere, die aus EFRE-Mitteln finanziert werden und dafür Kofinanzierungen seitens des Landes erforderlich sein würden. Im Übrigen seien auch in der Vergangenheit auch Stadtteilprojekte aus Bremen und Bremerhaven entsprechend finanziert worden.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Tätigkeitsberichte 2019 und die Planungen für 2020 zur Kenntnis und stimmt den vorgesehenen Maßnahmen zu.
2. Sie bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa um eine erneute Vorlage für eine Fortsetzung der Förderung der Initiativen Ende des Jahres 2020, in der neben den Tätigkeitsberichten für das Jahr 2020 auch Vorschläge für eine Ausweitung des City- und Stadtteilmarketings und -managements in Bremen getroffen werden.
3. Sie nimmt zur Kenntnis, dass für die Durchführung der vorgesehenen Marketingmaßnahmen im Jahr 2020
 - für die Bremer **Innenstadt** Mittel in Höhe von 417.000 €,
 - für das Bremer **Viertel** Mittel in Höhe von 110.000 €,
 - für das Zentrum **Veogesack** (einschl. Blumenthal) Mittel in Höhe von 265.000 €,
 - für das Stadtteilzentrum **Gröpelingen** Mittel in Höhe von 332.000 € (= EFRE-Mittel und Komplementärfinanzierung),
 - für das Stadtteilzentrum **Hemelingen** Mittel in Höhe von 96.000 €,
 - für das Stadtteilzentrum **Neustadt** Mittel in Höhe von 105.000 €,insgesamt also 1.325.000 €, erforderlich sind.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0754/682 40-0, „City- und Stadtteilinitiativen incl. BID-Gesetz“, in Höhe von 1.325.000 € zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltsstelle 0709/893 56-4 „EU-Förderprogramme EFRE 2014-2020 –investiv-“ veranschlagte Verpflichtungsermächtigung insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der für die Haushaltseckwerte 2020 und 2021 vorgesehenen Haushaltsanschlüsse in Höhe von 1.325.000 € im Jahr 2020.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.
6. Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wird in Ortsbeiräten über die Förderung von City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen, die Ziele, Maßnahmen und Anforderungen informieren und bei Bedarf weitere Stadtteilinitiativen

gemäß den genannten Rahmenbedingungen fördern.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Norddeutsche Wasserstoffstrategie

Vorlage Nr. 20/044-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt Kenntnis von der Norddeutschen Wasserstoffstrategie.

TOP 11 EFRE Programm Bremen 2014-2020

Wasserstoff - grünes Gas für Bremerhaven

Vorlage Nr. 20/045-L

Dep. Dr. Redder regt an, auch die Möglichkeiten von Methan in die Untersuchungen mit einzubeziehen; seines Erachtens sei die Konzentration auf Wasserstoff so nicht nachvollziehbar.

Abg. Müller erläutert, der Forschungsansatz sei technologieoffen angelegt, sodass – sofern sich entsprechende zukünftige Forschungsergebnisse zum aktuell noch ineffizienten Methan als vielversprechend erwiesen – auch für Methan entsprechende Elektrolyseure denkbar seien.

Abg. Meyer-Heder begrüßt das Vorhaben grundsätzlich, bittet aber, neben der Forschung auch bereits jetzt parallel konkrete Nutzungsmöglichkeiten umzusetzen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die anliegende Senatsvorlage zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der dargestellten Errichtung eines Elektrolyse-Testfeldes auf dem ehemaligen Gelände des Flugplatzes Luneort sowie der Durchführung von fünf Anwendungsentwicklungen zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Bereitstellung von EFRE-Mitteln in Höhe von 19.783.300 € aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 für die Errichtung eines Elektrolyse-Testfeldes sowie der Durchführung der Anwendungsentwicklungen zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0706/891 21-8, „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ im Jahr 2020 mit 7.789.800 € und im Jahr 2021 mit 11.986.500 € aus der Haushaltsstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –investiv- zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 12 Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)

Planung und Umsetzung der Erschließung von zwei kleinteiligen Gewerbegebieten (Weserportstraße und Seeborg Bremerhaven)

Vorlage Nr. 20/046-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem dargestellten Konzept für die Planung und Umsetzung der Erschließung von zwei kleinteiligen Gewerbegebieten (Weserportstraße und Seeborg Bremerhaven) mit Kosten in Höhe von 4.510.100 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung bei der Hst. 0709/891 80-4, GRW-Maßnahmen (BIS) in Höhe von 4.059.090 € und der damit verbundenen Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Jahre 2020 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Bereitstellung des jeweiligen kommunalen Anteils (10%) durch die Stadt Bremerhaven zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 13 Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)

Planung und Umsetzung der Aufсандung der ersten Teilfläche im Bereich des Gewerbegebietes Lune Delta Bremerhaven

Vorlage Nr. 20/047-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem dargestellten Konzept für die Planung und Umsetzung der Aufсандung der ersten Teilfläche im Bereich des Gewerbegebietes Lune Delta Bremerhaven mit Kosten in Höhe von 1.350.000 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung bei der Hst. 0709/891 80-4, GRW-Maßnahmen (BIS) in Höhe von 1.215.000 € und der damit verbundenen Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Jahre 2020 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Bereitstellung des jeweiligen kommunalen Anteils (10%) durch die Stadt Bremerhaven zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 14 Veröffentlichung der Ausbildungsmarktstatistik der Partner der Bremer
Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2018**

Vorlage Nr. 20/036-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 15 Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS); Maßnahme S 36 des Handlungsfeldes
Sichere und saubere Stadt: Verlängerung der laufenden Arbeitsverträge auf 24
Monate**

Vorlage Nr. 20/049-L

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** ob in diesem Fall nicht eine Verpflichtungsermächtigung notwendig sei, erklärt **Staatsrat Wiebe**, dass der Beschlussvorschlag so mit dem Senator für Finanzen abgestimmt sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Verlängerung der geförderten Arbeitsverträge im Programm PASS auf 24 Monate zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit gibt hierfür 2.884.540 Mio. € für das Jahr 2020 und 114.170 € für das Jahr 2021 im Produktplan 31 (Arbeit) auf der Haushaltsstelle 0305/684 66-0 frei.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der CDU und des Vertreters der FDP.

**TOP 16 Evaluation und Fortsetzung der Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und
Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBA)**

Vorlage Nr. 20/050-L

Dep. Dr. Redder merkt an, dass sich aufgrund der in der Vorlage angegebenen Zahlen für ihn lediglich ein Gespräch pro Tag ergäbe.

Abg. Dr. Müller führt hierzu aus, dass diese Statistik ein schräges Bild ergäbe. Die Mitarbeiter*innen seien sehr engagiert. Hier gehe es nicht nur um Beratung und Gespräche im Büro, sondern auch um Besuche auf Betriebsgeländen und um die Durchführung von Informationsveranstaltungen. Sie seien in einem schwierigen Umfeld unterwegs, daher sei auch der erhöhte Arbeitsaufwand gerechtfertigt.

Staatsrätin Ahlers weist auf den hohen Aufwand der Vernetzungsarbeit mit Polizei und Jobcenter hin. Dies sei wichtig, da keine anderen Anlaufstellen vorhanden seien. Ebenso habe die Arbeits- und Sozialministerkonferenz die Bundesregierung aufgefordert, in

diesem Bereich mehr Unterstützung zu leisten.

Dep. Dr. Redder stellt die Frage, ob durch eine Aufstockung des Personals mehr Ausbeutung verhindert und damit die Wirkung der MoBA erhöht werden könne.

Abg. Heritani weist darauf hin, dass man den Erfolg nicht an der Zahl der Mitarbeiter*innen festmachen könne. Hier sei ganz viel Netzwerkarbeit nötig, da sich die Zielgruppe oft in einer prekären Lage befände und erst Vertrauen aufgebaut werden müsse. Hier sei viel Vorarbeit erforderlich um in das Beratungsszenario zu kommen.

Abg. Dr. Müller fügt hinzu, dass viele Menschen in der Anonymität arbeiten. Hier sei es eher notwendig etwas an den Strukturen zu ändern. Zudem sei auch die EU-Ebene gefragt, um auch überregionale Ansätze zur Verhinderung von Arbeitsausbeutung zu entwickeln. Die MoBA sei hier das letzte Glied in der Kette.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Ergebnisse der Evaluation zur Kenntnis.

TOP 17 Bremische Aufstiegsfortbildungs-Prämie – Absicherung in der haushaltslosen Zeit
Vorlage Nr. 20/048-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 2.100.000 Euro für die Umsetzung der Aufstiegsfortbildungsprämie in 2020 im Produktplan 31 (Arbeit) zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa den konsumtiven Bedarf für die Erteilung der Aufstiegsfortbildungsprämien i.H.v. insgesamt 2.100.000 Euro in 2020 zunächst prioritär innerhalb des Ressort-Eckwerts darzustellen. Sofern eine prioritäre Darstellung innerhalb des Ressort-Eckwerts nicht vollständig gelingt, stellen die verbleibenden Mehrausgaben eine Vorbelastung für die Haushaltsberatungen 2020/2021 dar.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt zur Kenntnis, dass die nicht innerhalb des Ressort-Eckwerts darstellbaren Mehrausgaben durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa prioritär für das weitere Haushaltsverfahren anzumelden sind.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet den Senator für Finanzen, die entsprechenden Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 18 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für TOP 2,14-17
Stellmacher

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand: 04.12.2019)**Anlage 2**

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
2.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	
3.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp/Abg. Tebje	12.02.2020
4.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
5.	Vorstellung Projektträger und -arbeit im Rahmen des BAP (anlässlich d. Beratung von 20/021-L)	30.10.2019	Abg. Frau Dr. Müller/Dep. Rühl/Abg. Weiss	